

Digitalisierung koordiniert gestalten und steuern

Plädoyer für ein Digitalministerium

Ob *mobile working*, Social Media, E-Government, Internet of Things, Künstliche Intelligenz oder Industrie 4.0 – die Digitalisierung von Wirtschaft, Gesellschaft und Politik ist in aller Munde, und das nicht erst seit gestern.

Die Entwicklungen seit dem Frühjahr 2020 im Zusammenhang mit COVID-19 zeigen noch einmal deutlich, wie wichtig es für Wirtschaft und Gesellschaft ist, dass möglichst bald flächendeckend innovative Dienste und Services durch gigabitfähige Netze zur Verfügung stehen. Die bisherigen Erfahrungen zeigen aber auch, dass die Digitalisierung Deutschlands im Vergleich zu anderen Industrienationen noch immer zu langsam voranschreitet und wesentliche Potentiale nicht ausgeschöpft werden. Daher braucht es dringend ein koordiniertes Vorgehen auf höchster politischer Ebene.

Zwar hat die Bundesregierung ein Digitalkabinett eingerichtet und eine Staatsministerin für Digitalisierung ernannt, doch das Digitalkabinett hat als Instrument keine ausreichende Schlagkraft entwickeln können, und die Staatsministerin verfügt nicht über den organisationspolitischen Handlungsspielraum, um eine umfassende digitalpolitische Agenda zu entwickeln und umzusetzen.

Deutschland steht im internationalen Vergleich, was Digitalisierung angeht, zwar nicht schlecht, aber auch nicht wirklich gut da. So befindet sich Deutschland im europäischen [Digital Economy and Society Index](#) (DESI) 2020 an zwölfter Stelle, noch hinter Spanien, Luxemburg und Belgien, im Bereich digitaler öffentlicher Dienste gar erst an 21. Stelle, deutlich unterhalb des EU-Durchschnitts. Zwar hat Deutschland bei den meisten Konnektivitätsindikatoren Fortschritte gemacht und liegt in diesem Feld insgesamt auf dem 8. Platz, deutlich wird aber auf jeden Fall: Wir befinden uns weit entfernt von einer führenden Position, die wir aber in Deutschland zur Modernisierung unserer Wirtschafts- und Verwaltungsstrukturen dringend brauchen, wenn wir unseren Wohlstand und unsere Arbeitsplätze in Zukunft sichern wollen.

Auch auf internationaler Ebene, insbesondere in Brüssel, muss Deutschland Digitalthemen kompetent und konsistent vertreten können. Den berechtigten Forderungen nach digitaler Souveränität, internationaler Wettbewerbsfähigkeit und zukunftsfähiger Wirtschaft und Arbeit werden wir nur gerecht werden können, wenn jetzt zügig und beherzt die richtigen Schritte

gegangen werden. Digitalisierung bedeutet nicht nur, dass in den verschiedenen Ressorts Digitalisierungspotentiale entdeckt und gehoben werden müssen, sondern dass **völlig neue Optionen** für Wirtschaft und Gesellschaft gedacht und umgesetzt werden müssen. Allein mehr Personal für die einzelnen Ressorts wird unser Problem in Deutschland nicht lösen können – das braucht es auch, aber es braucht mehr.

Deutschland braucht ein Digitalministerium. Das ist für uns die klare Erkenntnis aus den Versuchen, Digitalpolitik in allen Ressorts zu betreiben und ressortübergreifende Fragen und Aufgaben in Kommissionen oder bestehenden koordinierenden Stellen wie dem Bundeskanzleramt **mitzubetreuen**. Denn nur dann, wenn die digitalpolitischen Kompetenzen **ressortübergreifend auch institutionell gebündelt** werden, kann es gelingen, den extrem komplexen Herausforderungen, die mit der digitalen Transformation verbunden sind, gerecht zu werden. Diese Einschätzung wird von vielen Wirtschafts- und Digitalisierungsexperten geteilt, so auch vom WIK, nachzulesen in einer im Dezember 2019 erschienenen [Publikation¹](#).

Digitalisierung ist ein Querschnittsthema, das tatsächlich jedes Ressort auf die eine oder andere Art betrifft und zunehmend stark beschäftigt. Digitalisierung ist und bleibt wesentliche **Aufgabe aller Politikfelder** und damit aller Fachministerien. **Digitalisierung ist aber mittlerweile eindeutig sehr viel mehr als nur ein Querschnittsthema – nämlich ein eigenes Politikfeld** – und darf daher nicht stets den Logiken und Prioritäten der jeweiligen Ressorts untergeordnet werden. Vielmehr bedarf es eines eigenständigen Ressorts, das systematisch auch die neuen, disruptiven Potentiale ermittelt, ausgestattet mit den entsprechenden Kompetenzen, Haushaltsmitteln sowie Verhandlungs- und Gestaltungsmacht.

Ein Digitalministerium kann – ggf. auch mit Hilfe einer nachgeordneten Digitalagentur – viel konzentrierter bestehende Herausforderungen meistern, neue Potentiale ermitteln und eine steuernde Funktion einnehmen, ohne dass den einzelnen Ressorts ihre grundlegenden fachbezogenen Zuständigkeiten entzogen werden dürfen.

Ein Digitalministerium kann viel leichter Daten aus verschiedenen Lebenswelten miteinander verknüpfen, ressortübergreifende Möglichkeiten erkennen und Lösungen ebenso ressortübergreifend finden. Wie genau der Zuschnitt aussehen könnte, gilt es noch zu erörtern – klar ist aber: im Digitalressort werden die Kompetenzen gebündelt, neue Schnittstellen geschaffen und so sichergestellt, dass die Belange der jeweiligen Fachressorts im Digitalressort

¹ WIK (Dezember 2019): Ein Schweizer Messer für die Digitalisierung? - Vom Nutzen einer Digitalagentur oder eines Digitalministeriums, in: Newsletter 117.

Beachtung finden. Es ist beispielsweise denkbar, dass jedes Fachministerium eine/n Staatssekretär/in für Digitales einsetzt, der/die als Schnittstelle zum Digitalministerium agiert und so sicherstellt, dass die Belange der jeweiligen Fachressorts im Digitalressort Beachtung finden und in die Strategien in diesem Politikfeld einfließen. Damit ein Digitalministerium Impulse für eine dynamische digitale Ökonomie geben kann, muss es unbedingt mit dem notwendigen wirtschaftlichen und digitalen Know-how ausgestattet sein. Es müsste möglichst breit die Kompetenzen bündeln (sowohl von Bundes- als auch von Länderebene) und eine starke wirtschafts- und ordnungspolitische Ausrichtung haben.

Ein Digitalministerium kann ganz wesentlich dazu beitragen, Prozesse zu verschlanken und zu beschleunigen. So ist die TK-Branche bisher bei Fragen zu Netzausbau und Marktregulierung oftmals zu denselben Themen mit mehreren staatlichen Akteuren im Austausch (BNetzA, BMVI, BMWi, BMJV, Kartellamt, Ministerien der Länder). Es wäre von enormem Vorteil, wenn ein Digitalministerium als zentrale federführende Institution derartige Prozesse gebündelt und konzentriert begleiten und bei Bedarf weitere Institutionen koordiniert einbinden würde.

Bezogen auf die konkrete gegenwärtige Praxis hätte die institutionelle Bündelung von Kompetenzen in einem Digitalministerium beispielsweise den Vorteil, dass regulatorische Abgrenzungsfragen – wie beispielsweise TK-Plattformen vs. andere digitale Plattformen oder die Aufsplitterung von Telekommunikationsrecht (BMWi) und Telekommunikationsfrequenzrecht (BMVI) – vermieden würden.

Die zunehmende Bedeutung digitaler Infrastrukturen spiegelt sich auch in den Debatten über die zu gewährleistende Sicherheit wider. Ein Digitalministerium müsste die investierenden Netzbetreiber in dieser Hinsicht mit Planungs- und Investitionssicherheit unterstützen, um den weiteren Netzausbau und vor allem die Einführung von 5G zügig und sicher zu gewährleisten. Zu diesem Zweck wäre es auch in diesem Zusammenhang ausgesprochen sinnvoll, wenn ein Digitalministerium federführend die notwendigen Prozesse koordinieren und die sicherheitsrelevanten Behörden (BMI, BSI) einbinden würde.

Natürlich ist Digitalisierung nicht etwa allein die Aufgabe der Politik, sondern in allererster Linie die der Wirtschaft selbst. Aber der politische Rahmen wird mit entscheidend sein für die konsequente Unterstützung der Wirtschaft und des deutschen Mittelstands. Sie wird entscheidend sein für die zukünftige Entwicklung unserer Gesellschaft, für Verteilung von Chancen und Risiken, die ganz unzweifelhaft ebenfalls mit der Digitalisierung einhergehen. Sie wird entschei-

dend sein für die Akzeptanz in der Bevölkerung, für die Nutzung neuer Chancen in Gesundheit, Bildung, Verkehr, Energiewende und Nachhaltigkeit. Digitalisierung und Globalisierung lassen neue starke Spieler mit enormem Einfluss auf die nationalen Märkte entstehen. Wir dürfen die Strategien nicht China, Asien und den USA überlassen. Digitalisierung ist die wichtigste strategische Herausforderung unserer Zeit – für uns in Deutschland und für Europa. Dafür müssen wir gerüstet sein – besser als heute.

Berlin, im August 2020